

Neue Strauß-Bänder

Die Abhöraffaire um den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß scheint sich auszuweiten. Nachdem der „Süddeutschen Zeitung“ zu Jahresbeginn die Mitschrift eines Telefonats von Strauß mit dem jetzigen Chefredakteur des „Bayernkurier“, Wilfried Scharnagl, zum Lockheed-Fall zugeschickt worden war, erhielt nun die „Frankfurter Allgemeine“ neue Lauscher-Post: einen in Heidelberg aufgegebenen anonymen Brief nebst Tonband. Der Absender schrieb, er habe zahlreiche Bänder, auf denen über Jahre hinweg Strauß-Gespräche aufgezeichnet worden seien; für 50 000 Mark überlasse er die Bänder der Zeitung. Das beigelegte Muster sollte beweisen, daß die Bänder echt seien. Strauß identifizierte denn auch das Band als „wahrscheinlich echt“: Allem Anschein nach handele es sich um ein Gespräch aus dem Jahre 1974,

das wohl von einem Autotelephon aus geführt worden sei. Die „FAZ“ ging nicht auf die Forderung des anonymen Schreibers ein, am 18. April in einem Inserat das Einverständnis zu dem Handel zu signalisieren.

Honeckers Gastgeschenke

Für das Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem SED-Chef Erich Honecker stellt die DDR Überlegungen über Gastgeschenke an. Da es der SED zu riskant erscheint, das Reisealter, wie von Bonn gewünscht, um fünf Jahre auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen zu senken, wäre Ost-Berlin zum Ausgleich bereit, Kindern bis zum Alter von sechs oder acht Jahren Besuchsmöglichkeiten in Westdeutschland einzuräumen. Ferner wird erwogen, einen eigenen DDR-Rentner-Paß zu schaffen, der es den Inhabern gestattet, statt bisher 30 Tage 60 Tage pro Jahr in den Westen zu rei-

sen, ohne vorher jeweils ein Visum beantragen zu müssen. Als Gegenleistung erwartet die DDR weitere Bonner Millionenzahlungen. Die bisher den DDR-Rentnern in der Bundesrepublik gezahlten Beihilfen von durchschnittlich 50 Mark pro Person sollen pauschal an die Staatsbank der DDR überwiesen werden. Außerdem möchte Ost-Berlin von Bonn Ersatz für jene jeweils 15 West-Mark erhalten, die Rentner vor Antritt ihrer Reise in der DDR eintauschen können.

Moskauer Basis

Sowjets installieren derzeit im Süden Libyens Fla-Raketen und legen drei große Landebahnen an, die Zwischenlandungen von Transportmaschinen — etwa auf dem Flug nach Angola oder Moçambique — ermöglichen. Nach Ansicht westlicher Experten ist die neue Militär-Basis Libyens Gegenleistung für Waffenimporte aus Moskau.



EDU-Gründungsmitglieder Kohl (2. v. l.), Strauß (r.) in Salzburg*

Testlauf für die Vierte Partei

Die Gründung der Europäischen Demokratischen Union (EDU) in Salzburg am Montag vergangener Woche, von CDU-Chef Helmut Kohl als „festlicher, zukunftsweisender Tag“ gepriesen, könnte für die deutschen Christdemokraten eher fatale Folgen haben.

Erstes gemeinsames Ziel der rechtslastigen EDU ist es, bei den Europa-Wahlen im Juni nächsten Jahres den Aufstieg des Sozialistenführers Willy Brandt zum Präsidenten des

Europäischen Parlaments zu verhindern.

Diesem Gemeinschaftsziel will die CSU, die zusammen mit der CDU in die EDU eintrat, auf eigene Weise dienen — durch Spaltung. Die bayrischen Separatisten planen, bei den Europa-Wahlen neben den CDU-Landeslisten bundesweit eine bayrische CSU-Landesliste auszule-

* Mit (v. l.) dem Gaullisten-Vertreter Maurice Couve de Murville, der britischen Oppositionsführerin Margaret Thatcher und dem Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei, Josef Taus.

gen: ein Testlauf für den Start der CSU als Vierte Partei bei den Bundestagswahlen 1980.

Die Gelegenheit ist günstig: Widerstände der Christdemokraten gegen die Trennung der beiden C-Parteien können Christsoziale mit dem Argument kontern, Reibungsverluste und unterschiedliche Wahlprogramme könne es nicht geben, denn man fechte ja unter dem Dach der EDU vereint gegen den Sozialistensieg.

Franz Josef Strauß rechnet mit erheblichen Stimmengewinnen beim Europa-Test, denn, so der CSU-Vorsitzende vor Vertrauten, „wenn wir antreten, ziehen wir soviel Aufmerksamkeit auf uns wie keine andere Partei“. Einziges Problem: Das europäische Wahlgesetz schreibt vor, daß kein Regierungsmitglied Abgeordneter im Europa-Parlament werden kann; Strauß aber soll im Herbst 1978 bayrischer Ministerpräsident werden.

Den Christsozialen ist schon ein Ausweg eingefallen, wie sie ihren Parteichef dennoch ins Rennen schicken können: Strauß könnte Listenführer sein ohne Verpflichtung zum Mandatsantritt.

Sollten die getrennt marschierenden C-Parteien beim Europa-Test zusammen über 50 Prozent der Stimmen erhalten, dann gilt das Experiment als gelungen: Die CSU würde dann bei den nächsten Bundestagswahlen als Vierte Partei kämpfen.